



Evangelische Verantwortung

Landwirtschaft in einer sich ändernden Welt

Jochen Borchert

Als Landwirtschaftsminister über die Zukunft und die Herausforderungen seines Aufgabengebiets nachzudenken, bedeutet, Fragen zu stellen. Diese Fragen zur Landwirtschaft in einer sich ändernden Welt spannen sich über einen weiten Bogen, und sie berühren Grundsätzliches. Es geht um Ökologie und Ökonomie, um Nachhaltigkeit und Einkommen, um Nahrungsmittel und Nahrungsmangel, um Tierschutz und Artenschutz.

Grenzen sind abzustecken: Wie weit darf sich der Mensch die Erde untertan machen? Darf der Mensch alles machen, was er kann?

Gott hat uns Menschen die Erde anvertraut, damit wir sie gestalten und bewahren. Über die Pflicht, diesen Auftrag ernst zu nehmen, gibt es keine Diskussion. Es gibt sicher auch keine Diskussion darüber, daß es rund um die ganze Erdkugel die Landwirtschaft ist, die eine tragende Säule bei der Umsetzung dieser Verpflichtung ist. Doch vieles von dem, was wir erreichen wollen, ist nur schwer, manches vielleicht gar nicht erreichbar. Gegensätze bauen sich auf: zwischen der einen und der anderen Welt, zwischen Hunger und Überfluß, zwischen Nutzung und Übernutzung der natürlichen Ressourcen. Gegensätze, die in unserer Wohlstandsgesellschaft fast schon nicht mehr wahrgenommen werden.

Denn: Niemals zuvor waren die Verbraucher – in der ganzen westlichen Welt – so gut und so reichhaltig versorgt. Gegessen wird immer, das sollte also unserer Landwirtschaft auch eine gute Zukunftsperspektive für den Absatz ihrer Produkte geben. Jedoch, weit gefehlt: Die Situation ist eine andere. Die Wissenschaft klagt, wir wären zu gut ernährt. „Weniger ist mehr“ wird vielfach als Devise ausgegeben.

Wieviel Landwirtschaft braucht der Mensch?

Wir alle kennen die sogenannten Wohlstandskrankheiten. Gleichzeitig werden mit immer feineren High-Tech-Methoden „Rückstandsspuren“ gemessen, deren wahre Bedeutung sich zwar noch dem Chemiker, nicht aber mehr dem Verbraucher erschließt. Das führt zu Verunsicherung. Die Landwirtschaft wird dann schnell als die Hauptschuldige an den Mängeln und Fehlern unserer Nahrungsmittel verurteilt und erst in zweiter Linie überhaupt als die Produzentin unserer Nahrungsmittel wahrgenommen. Schulkinder in großen Städten, nach der Herkunft ihrer Nahrung befragt, gaben zu einem hohen Prozentsatz – oft sogar in ihrer Mehrheit – den nächsten Supermarkt an! Das Bild von der Landwirtschaft ist in der städtischen Bevölkerung nur noch ein rudimentäres, oft dazu ein negatives.

In den Industrieländern steigt die Produktion von Nahrungsmitteln schneller als die Nachfrage. Erzeugerpreise und landwirtschaftliche Einkommen stehen unter Druck. In immer mehr Bereichen müssen Maßnahmen zur Produktionsbegrenzung ergriffen werden. Kuhstallplätze bleiben leer, Äcker bleiben unbestellt. Ja, die Politik mußte der Landwirtschaft sogar die Flächenstilllegung aufbürden – so sehen es die Bauern. Die noch vor wenigen Jahren beklagten Milchseen, Getreide- und Rindfleischberge gibt es nicht mehr, doch die bange Frage lautet nun: Wohin führt und wo endet dieser Weg? Provokativ: Wieviel Landwirtschaft brauchen wir denn überhaupt zur Sicherstellung der Nahrungsversorgung? Werden Visionen von Nahrungsgütern aus dem Reagenzglas alltägliche Realität? Ich bin sicher: Nein!

Die Landwirtschaft leistet über die Nahrungsgütererzeugung hinaus einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des ländli-

Themenschwerpunkt: Kirchenpapier

Beiträge:

Anthropologischer Optimismus?	3
Gesellschaftlicher Autismus oder Solidarität?	6
Diskussionsforum zu Religionsunterricht und LER	16

chen Raumes und zur Erhaltung der natürlichen Ressourcen. Diese Leistungen sind nicht aus dem Reagenzglas zu beziehen. Wir können daher nicht auf eine wettbewerbsfähige, markt- und umweltorientierte Landwirtschaft verzichten.

Und dabei muß auch zukünftig der Verkauf hochwertiger Nahrungsgüter und Industrierohstoffe die Grundlage landwirtschaftlicher Einkommen sein.

Da wir im Wettbewerb mit unseren europäischen Nachbarn stehen, können wir auch nicht auf eine effiziente, intensive und in einigen Regionen extensive Bewirtschaftung verzichten. Wir brauchen Produktivitätssteigerungen und den technischen Fortschritt. Dazu gehört auch – in einigen genau definierten Bereichen – der Einsatz der Gentechnologie. Die Gentechnologie könnte auch eingesetzt werden, um den Gebrauch von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln weiter einzuschränken oder nachwachsende Rohstoffe für die industrielle Nutzung anzupassen.

Bauern als Landschaftsgärtner?

Über die Nahrungsmittelproduktion hinaus nimmt die Landwirtschaft mit der Pflege und Erhaltung der Kulturlandschaft eine wichtige Aufgabe wahr. Eröffnet sich hier ein großes Betätigungs- und neues Einkommensfeld für die Landwirtschaft? Bauern als Landschaftsgärtner? Das ist die Kurzformel in der agrarpolitischen Diskussion.

Bei deutlich höheren Erzeugerpreisen ging man früher immer davon aus, daß über den Preis auch die Pflege der Kulturlandschaft abgegolten war. Heute ist zu fragen, ob dies bei den am Weltmarktpreis orientierten Erzeugerpreisen noch immer der Fall ist? Oder müssen Leistungen der Land- und Forstwirtschaft im Umweltschutz besonders abgegolten werden? Welche Leistungen sind das? Und: Wie sollte dies am besten finanziert werden? Über Steuern? Dann aber hieße es wieder: Die Bauern bekommen Subventionen. Also sollten wir nicht doch besser eine gezielte Naturschutzabgabe erheben? Dann wüßte jeder, wofür er zahlt. Jedenfalls ist Umfragen zufolge die Zahlungsbereitschaft der Bevölkerung hierzu vorhanden.

Große Teile unserer Bevölkerung hegen Erwartungen, die mit der nahrungsmittelversorgenden Landwirtschaft nichts mehr gemein haben: Felder und Wiesen sollen von bunten Blumen geschmückt sein, das Land soll von Hecken und Rainen, kleinen Wäldchen und sauberen Bächen durchzogen sein. Läßt sich eine solch schöne, abwechslungsreiche

verlieren, was aus meinem, christlichen Verständnis heraus noch wichtiger ist: Die Bekämpfung von Hunger und Armut in der Welt. Denn es gibt noch viele, zu viele Menschen, die an Hunger leiden und sterben. Dabei ist Hunger längst wieder auch zu einem europäischen Phänomen geworden; überall, wo geschossen wird, wird nicht gern-



Foto: Christo

Pflege und Erhaltung der Kulturlandschaft sind wichtig.

Landschaft, wie sie der Städter schätzt, mit den gleichzeitig erhobenen Forderungen nach ausreichenden und qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln vereinbaren? Kann es Nahrungsmittelproduktion ohne Umweltveränderungen geben?

Aus Nächstenliebe verzichten lernen

Bei der Suche nach Antworten auf diese Fragen beschreiten wir unweigerlich einen Grat. Intensive Landwirtschaft wird in der umweltpolitischen Debatte schnell als ökologischer Horror verteuft. Doch ist es nicht nur ökonomisch, sondern gerade auch ökologisch vorteilhafter, 80 Dezitonnen Getreide auf einem Hektar zu erzeugen statt auf zwei Hektar 40 Dezitonnen. Auf dem eingesparten Hektar kann dann entweder eine andere, weniger rentable Produktion stattfinden, oder er kann dem Arten- und Biotopschutz überlassen werden. Nur: Bei aller Notwendigkeit, sich mit unseren Problemen auseinanderzusetzen, dürfen wir nicht das aus dem Auge

verlieren! Insgesamt haben ca. 800 Millionen Menschen keine ausreichende und gesicherte Nahrungsmittelversorgung und sind deshalb akut und chronisch unterernährt. Aber, was müssen wir konkret tun? Auf wieviel müssen wir verzichten, damit wir den Auftrag der Nächstenliebe erfüllen?

Wenn im Entwurf zum gemeinsamen Wort der Kirchen (vgl. hierzu den Beitrag von Klaus Weigelt auf S. 3) davon gesprochen wird, daß „wirtschaftliches Handeln mit der Schöpfung verträglich“ zu sein habe, stellt sich mir sogleich die Frage, wie dies auszusehen hat. Jeder Mensch ist Teil der Schöpfung. Ist es schöpfungsbewahrend, alle Menschen unter Inkaufnahme einer ökologischen Katastrophe mit Nahrungsmitteln zu versorgen? Oder ist es schöpfungsbewahrend, die Menschen sich selbst zu überlassen, um die materielle Natur zugunsten künftiger Generationen zu schützen? Befindet sich der Auftrag der Nächstenliebe hier in einem zynischen Dilemma, oder hilft uns unser christliche Glaube, zu einer erträglichen

Lösung zu kommen? Wie können wir dem Gebot der Nächstenliebe mit Blick auf die Verantwortung für die Eine Welt folgen? Zur Überbrückung der Versorgungsengpässe und Überwindung des Hungers gibt es verschiedene Ansatzpunkte. Eine gute und kurzfristig realisierbare Hilfe zur Linderung des größten Hungers ist unbestreitbar die Nahrungsmittelhilfe. Weil es nun einmal wir, in den Ländern der gemäßigten Klimazone, sind, die über den größten Teil der dauerhaft fruchtbaren Agrargebiete verfügen, haben wir die verantwortungsvolle Pflicht, ein bestimmtes Maß an Überschüssen zu produzieren und in Reserve für Hungersnöte zu halten.

Hilfe zur Selbsthilfe

Doch sollten wir in Europa soviel mehr produzieren, um zu versuchen, den Hunger gänzlich aus der Welt zu schaffen? Ich glaube, zur dauerhaften Beseitigung der Unterernährung würden unsere Überschüsse nie genügen, und sie wären dafür auch nicht geeignet. Zum einen ist es aufgrund der traditionellen Ernährungsgegewohnheiten schwierig, eine bedarfsgerechte Ernährung langfristig sicherzustellen. Zum anderen führt die Nahrungsmittelhilfe häufig zu einem Absinken der Preise für lokal erzeugte Nahrungsmittel. Dies hat zur Folge, daß den Bauern im Süden der Welt der Anreiz zur Marktproduktion genommen wird. Das süße Gift subventionierter Nahrungsmittelexporte hemmt die wirtschaftliche Entwicklung und Eigeninitiative der armen Länder und schreibt die Abhängigkeit von den Industrieländern fest.

Die agrarpolitischen Fehler der unterentwickelten Länder werden mit einer solchen Politik potenziert: Die kostengünstige Nahrungsmittelversorgung führt zu einer Absicherung der Macht in den Städten, Damit verstärkt sich die Landflucht, und die überfüllten Metropolen werden erst recht zu politischen Zeitbomben gemacht. Dies kann von uns nicht gewollt sein, und dies liegt auch nicht im wohlverstandenen Eigeninteresse der Menschen in den Entwicklungsländern.

Hilfe zur Selbsthilfe ist die Maxime jeder entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Ein wichtiger Ansatzpunkt zur langfristigen Verbesserung der Ernährungssi-

tuation in Entwicklungsländern sind daher Maßnahmen zur Steigerung der dortigen Nahrungsproduktion. Allerdings ist zu beachten, daß von der gesamten Festlandoberfläche der Erde etwa 89 Prozent zu naß, zu trocken, zu flachgründig, zu salzhaltig oder zu kalt für eine landwirtschaftliche Nutzung ohne wesentliche Umweltbelastung sind. Will man in diesen Zonen der Welt über die reine Selbstversorgung hinausgehen und die Böden intensiver nutzen, müßte man stets zusätzliche, oft kaum mehr tragbare Umweltschäden in Kauf nehmen.

Hier das rechte Maß zwischen Nutzen und Schaden zu finden, bleibt dauernde Aufgabe. Landwirtschaftliche Produktivitätssteigerung durch technischen Fortschritt bei nachhaltiger – also ökologisch

verantwortlicher – Bewirtschaftung, assist die Entwicklungsperspektive der Länder der „Dritten Welt“. Als Christen sind wir verpflichtet, hier unseren Beitrag zur Überwindung von Hunger und Armut zu leisten. All diese Fragen zeigen, daß Aufgaben und Ziele der Land- und Forstwirtschaft nur in einem größeren Zusammenhang zu beurteilen sind. Wir bewegen uns gerade hier in einem ethischen und christlich motivierten Rahmen des Sollens und Dürfens.

Wir müssen die Landwirtschaft als ein entscheidendes Mittel verstehen, dem christlichen Auftrag der Schöpfungsbe- wahrung zu genügen, also jedes Menschen Recht auf eine intakte Umwelt und jeder Generation Pflicht, kommenden Generationen diese intakte Umwelt zu hinterlassen, zu erfüllen. ■

Anthropologischer Optimismus? Überlegungen nach dem Ende des Konsultationsprozesses der Kirchen

Klaus Weigelt

Leichter ist es, eine Lawine loszutreten, als ihre Richtung und ihr Ziel zu bestimmen. Ende 1994 hatten die beiden großen Kirchen in Deutschland mit der Vorlage einer Diskussionsgrundlage „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ einen Konsultationsprozeß eröffnet, der mit der „Berliner Konsultation“, an der über 400 Teilnehmer mitwirkten, Mitte Februar 1996 zunächst einmal beendet wurde.

In den dazwischenliegenden 15 Monaten konnten die Initiatoren etwa 1750 Eingaben mit einem Gesamtumfang von 17.000 Seiten entgegennehmen, während in dem gleichen Zeitraum Zehntausende in rund 4.000 Veranstaltungen das Kirchenpapier diskutierten.

Insgesamt also eine stolze Bilanz, mit der die Kirchen zufrieden sein können. Sie haben einen Diskussionsprozeß über wirtschaftliche, soziale und auch weit darüber

hinausgreifende gesellschaftliche und kulturelle Fragen angeregt, der nicht nur in sich - nach dem Motto: der Weg ist das Ziel - positiv für unser Gemeinwesen ist, sondern auch dem friedienstiftenden und konstruktiven Selbstverständnis der Kirchen in unserer Gesellschaft entspricht.

Vom Dialog zur abschließenden Denkschrift

Nachdem der Dialog nun vorerst abgeschlossen ist, wartet die Herkules-Aufgabe auf die Initiatoren, dem Ganzen eine neue Form in einer abschließenden Denkschrift zu geben, die Ende des Jahres erscheinen soll. Erst dann wird es sich zeigen, wieviel und was auch die Kirchen in diesem Dialog gelernt haben und wo sie selbst eigene Verantwortung zu tragen bereit sind. Erst die Reaktionen auf dieses abschließende Papier und seine realen Konsequenzen werden zeigen, ob der Konsultationsprozeß insgesamt als Erfolg zu werten ist.

Der Beginn vor anderthalb Jahren kam einem Fehlstart gleich: gezielte Indiskretionen während des Wahlkampfes in der Sommerpause 1994 ließen den Verdacht aufkommen, mit bestimmten Aussagen des noch gar nicht publizierten Kirchenpapiers sollte in den Wahlkampf eingegriffen werden. Diese einseitige und das kirchliche Anliegen verfälschende Interpretation des Papiers setzte sich auch nach seiner Veröffentlichung im November 1994 fort.

Unter der Überschrift „Die Kirchen klagen an“ bescheinigte die „Süddeutsche Zeitung“ dem Entwurf „Gültigkeit“. In dem Papier stehe die Wahrheit und diese sollte zu den „Leitthesen der kommenden Legislaturperiode werden, deren Regierung sich christlich und sozial nennt“ (23.11.94). Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ ging noch einen Schritt weiter. Er titelte: „Tadel der Kirchen“ und meinte, „jene Politiker, die das christliche Weltbild für sich reklamieren, (müßten) angesichts des Tadels vor Scham Feuerrot werden.“ (23.11.94)

Solche plumpen Versuche, die Kirchen für eigene Aggressionen gegen die Regierung zu instrumentalisieren, blieben zum Glück Einzelfälle. Im Laufe der Diskussion enthüllte sich allen, die sich nicht in Einseitigkeiten verloren, die **Komplexität der Lage** und die auch schon im Kirchenpapier enthaltene Erkenntnis, daß es für die Lösung der vorhandenen Probleme keinen „Königsweg“ gebe. Und vor allem: die Verantwortung für die beklagten Zustände liegt nicht ausschließlich bei der Regierung, ebensowenig wie deren Kritik nur bei den Kirchen oder selbsternannten moralischen Instanzen.

Miteinander im Gespräch

Heute wird man sagen können, daß es ein sehr wichtiges Ergebnis des Konsultationsprozesses ist, daß alle Beteiligten, die auch etwas zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Fragen beitragen können, miteinander im Gespräch sind. Mehr noch, im „Bündnis für Arbeit“ versuchen sie - ob nun als Folge der kirchlichen Initiative oder einfach aufgrund der drängenden Probleme selbst -, den Worten auch Taten folgen zu lassen.

Inwieweit das gelingt, hängt von der Bereitschaft zu Kompromissen ab, denn auch die gemeinsamen Gespräche haben unüberbrückbare Gegensätze bestehen lassen, nicht nur zwischen den gesellschaftlichen Gruppen, sondern auch innerhalb der Kirchen. „Die Aussöhnung zwischen der marktorientierten Wirtschaftslehre und der christlichen Soziallehre hat nicht stattgefunden“, stellt die FAZ (12.2.96) fest und folgert für die endgültige Fassung des



Klaus Weigelt:
Für die Lösung der vorhandenen Probleme gibt es keinen „Königsweg“

Papiers im Hinblick auf Unterschiede zwischen der katholischen und der evangelischen Seite: „Ohne Konflikte wird es in dieser Frage nicht abgehen“, der Frage, ob der Kirche ein Platz gegenüber der Wirtschaft gebühre, von dem aus sie parteiisch für die eintreten solle, die im Wirtschaftsprozeß nicht mithalten können.

Diese Kernfrage war eigentlich mit der Denkschrift „Gemeinwohl und Eigennutz“ der EKD und der Enzyklika „Centesimus Annus“ Papst Johannes Pauls II. bereits anders beantwortet, nämlich in dem Sinne, daß **auch die Kirchen selbst Mitgestalter und Mitträger von Verantwortung im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft sind** und sich nicht auf eine parteiische Kritikerbank zurückziehen

können. Beide Äußerungen entstammen dem Jahre 1991 und haben offenbar viele Kritiker in beiden Konfessionen, denen das Verständnis der Kirchen für die Wirtschaft darin zu weit ging, nicht ruhen lassen. Auch das ist ein Ergebnis des Konsultationsprozesses, und man darf gespannt sein, ob die Kirchen in ihrem abschließenden „Wort“ an 1991 anknüpfen werden oder dahinter zurückbleiben.

Das Kirchenpapier aus Sicht der Parteien

Es ist jedenfalls richtig und verdienstvoll, daß die Stellungnahme der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag zu dem Kirchenpapier vom 7.2.96 die beiden kirchlichen Äußerungen von 1991 an den Anfang stellt und ihre gesamte Wertung im Rahmen einer umfassenden sachlichen Darstellung der Probleme daran ausrichtet. Nur so läßt sich die positive Wertung des Papiers und die recht verhalten geäußerte Kritik an einigen unhaltbaren Positionen der Kirchen - z.B. einzelne wachstumskritische Aussagen, die Behauptung, unser Wohlstandsmodell sei „in hohem Maße auf ein die natürlichen Ressourcen belastendes und ausbeutendes, nicht nachhaltig tragfähiges Wachstum angewiesen“ oder die Aussage, die Industrienationen hätten bisher „keine große Bereitschaft zur Hilfe und damit zur Überwindung der Kluft zwischen armen und reichen Ländern erkennen lassen“ - verstehen.

Die Annäherung zwischen CDU/CSU-Fraktion und Kirchen ist sicher auch auf das ganztägige Gespräch am 5.2.96 im Deutschen Bundestag zurückzuführen, das im Ergebnis bei allen Meinungsunterschieden ein hohes Maß an Übereinstimmung, oder doch wechselseitigem Verständnis offenbarte. Gleichwohl dürfte die abschließende Presseerklärung über das Ziel hinausschießen mit der Formulierung: zusammen „vertreten wir den anthropologischen Optimismus, den Glauben an die geistige und moralische Kraft des Menschen.“ Zumindest von evangelischer Seite wird man einem „anthropologischen Optimismus“ nach den Erfahrungen des 20. Jhs. kritisch gegenüberstehen, und die „geistige und moralische Kraft des Menschen“ ist ein ständiges Ziel, an



dessen Verwirklichung Politik und Kirchen zu arbeiten haben, das sie aber nicht einfach voraussetzen können. Andererseits zeigt die CDU/CSU-Stellungnahme, daß der Rahmen - wie auch schon im Kirchenpapier - viel weiter gespannt werden muß, und die Verengung auf das Thema Arbeitslosigkeit zwar ein zentrales oder auch das zentrale Problem unserer Gesellschaft anspricht, damit aber den Gesamtzusammenhang und die Interdependenzen, die sich aus der Standortfrage, der europäischen Einigung, dem Welthandel, der Nord-Süd-Problematik, der Bewahrung der Schöpfung und anderen Fragen ergeben, nicht angemessen ausleuchtet.

Diese Angemessenheit, die auch den theologisch-anthropologischen Ansatz des kirchlichen Wortes in die Kritik einbeziehen muß, fehlt vielen Stellungnahmen. So ist die Stellungnahme der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag weitgehend geprägt von der „Gefahr einer Spaltung der Gesellschaft“ und des „Trends zur Ausgrenzung“. Aus dieser Sicht erklärt die SPD ihr Einverständnis mit den drei von den Kirchen vorangestellten Optionen für die Schwachen, für eine soziale Friedensordnung und für eine soziale Gestaltung der Zukunft in der einen Welt.

Die CDU/CSU-Fraktion sieht es genau von der anderen Seite: ihre Übereinstimmung in den Grundpositionen mit den Kirchen, zu denen auch die Ablehnung von Verzagtheit und Zukunftsangst gehört, führt sie zu einer Fülle von konstruktiven Überlegungen und Vorschlägen, die erheblich weiter gefaßt sind als die von SPD oder auch FDP, die beklagt, daß konkrete wirtschaftspolitische Fragen ausgeblendet bleiben, weil die CDU/CSU-Fraktion - eine unterschiedliche Bewertung einzelner Sachverhalte eingeschlossen - mit den Kirchen das gemeinsame Bekenntnis zum Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft teilt.

Der EAK hat sich schon frühzeitig mit einer 10-Punkte-Erklärung des Bundesvorstandes in die Diskussion um das Kirchenpapier eingeschaltet und durch Veranstaltungen - erinnert sei an das große Diskussionsforum Anfang März 1995 in Essen - an dem Konsultationsprozeß beteiligt. Wer die EAK-Stellungnahme heute noch einmal zur Hand nimmt, wird feststellen, daß die wesentlichen Kritikpunkte angesprochen sind und daß es eine große Übereinstimmung mit anderen Positionen aus dem Unionsbereich gibt, ohne das der spezielle Charakter des EAK-Papiers dabei an Bedeutung verliert. Insbesondere

sind es auch nach Abschluß des Konsultationsprozesses die folgenden fünf Forderungen, die der EAK an das abschließende „Wort“ der Kirchen richtet:

1. Bisher fehlt ein klarer **theologischer** Schwerpunkt: der biblische Hintergrund der Vorschläge für „gelingendes soziales Leben“ sollte verdeutlicht werden; das ist ein ureigenes kirchliches Anliegen.

2. Der **ordnungspolitische** Schwerpunkt „Soziale Marktwirtschaft“ muß noch klarer herausgearbeitet werden: der Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung, Leistung und Solidarität sollte vor dem Hintergrund abnehmender Verantwortungsbereitschaft neu überdacht werden.

3. Es fehlt eine klare **gesellschaftspolitische** Perspektive: Arbeit auf Erwerbsarbeit zu verkürzen, ist heute nicht mehr zeitgemäß; gerade die Kirchen sind aufgerufen, Wege in eine neue Gestalt der Arbeitsgesellschaft mitzubedenken, in der alle Formen von Arbeit ihren Platz haben.

4. Der Entwurf sollte um ein **umweltpolitisches** Kapitel ergänzt werden: das Thema Bewahrung der Schöpfung und insbesondere die individuelle Verantwortung der Bürger in diesem Bereich kommen in den bisherigen Überlegungen zu kurz (Vgl. auch den Beitrag von Bundesminister Borchert in diesem Heft).

5. Schließlich kann es sich bei den von den Kirchen angesprochenen Themen nicht um eine deutsche Nabelschau handeln. Eine **verantwortungsethisch** tragbare Sicht der Dinge muß den europäischen und den weltweiten Hintergrund, insbesondere den Nord-Süd-Aspekt mit einbeziehen. Erst dann gewinnen unsere Probleme ihre eigentliche, im Vergleich mit den Sorgen anderer Völker oft nicht mehr ganz so dramatische Bedeutung. ■

Anm.:

Klaus Weigelt leitet die Konrad-Adenauer-Stiftung in Brüssel und ist Mitglied im EAK-Bundesvorstand

Gesellschaftlicher Autismus oder Solidarität? –

Eine neue Kultur des Miteinanders ist notwendig

Birgit Schnieber-Jastram

Unter welchen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen das nötige Volkseinkommen in einer sozialen Marktwirtschaft erwirtschaftet und wie die Verteilung in einem Sozialstaat vorgenommen werden soll, darüber wurde in zahlreichen Diskussionsrunden zwischen CDU und Kirchen debattiert. Zuletzt geschah dies im Beisein der Bischöfe Engelhardt und Lehmann sowie der Fraktion der CDU unter Anwesenheit des Fraktionsvorsitzenden Schäuble und Frau Bundestagspräsidentin Süssmuth am 5. Februar in Bonn.

Kurz anmerken möchte ich hierzu, daß das Gespräch durchaus nicht so kontrovers verlief, wie man es verschiedenen Presseberichten entnehmen konnte. In grundlegenden Fragen der Wirtschafts- und Sozialordnung konnte in weiten Teilen Konsens hergestellt werden. Ein Themenbereich, der meiner Meinung nach jedoch zu kurz behandelt wurde, war die zunehmende Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile. Dabei ist gerade in diesen Ausprägungen ein entscheidender Gradmesser für die Bereitschaft zur Solidarität zu beobachten.

Zweigeteiltes Jahrhundert

Unser Jahrhundert ist, betrachtet man die Stellung des Einzelnen in und zur Gesellschaft, gezeichnet durch eine erstaunliche Zweiteilung: Während der ersten Hälfte trieb die Unsicherheit, die den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technischen Wandel begleitete, viele Menschen in vielen Ländern in eine übertriebene Uniformität und in einen absurden Konformismus. Die Massenmentalität, die jegliches Individuum mit aller Kraft in die Gemeinschaft zwingen wollte, zeitigte gerade in Deutschland schreckliche Folgen.

In zahlreichen westlichen Ländern läßt sich mit verstärkter Tendenz seit einigen Jahrzehnten der genau entgegenge-

setzte Trend beobachten: Der größere persönliche Freiraum, den die Menschen vor allem durch erweiterte materielle Möglichkeiten und die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft erhielten, wurde und wird zunehmend konsequent ge- und manchmal auch ausgenutzt.



Birgit Schnieber-Jastram MdB:
Die Familie benötigt stärkere Unterstützung

Selbstverständlich ist eine Gesellschaft, die dem Einzelnen die Möglichkeit gibt, sich frei zu entfalten und individuell nach seinen Vorstellungen zu leben, auf jeden Fall einer Ordnung vorzuziehen, die die Rechte und die Selbstbestimmung des Einzelnen beschneidet. Dennoch sollte auf besorgniserregende Entwicklungen hingewiesen und gewisse Vorbehalte angemahnt werden dürfen. So nimmt der „Single“, der „alleinstehende“ Mensch, nicht nur auf der Beziehungsebene der Geschlechter immer breiteren Raum ein, sondern er wird

auch zunehmend bestimmend für die Stellung des Individuums in der Gesellschaft: Ohne Bindung an eine größere Gemeinschaft wird das Erreichen von Einzelinteressen zum vorrangigen Lebensziel - jeder ist sich selbst nicht nur der nächste, sondern die Entfernung zum anderen wächst zusehends.

Überspitzt ausgedrückt droht der kollektive Autismus, der zwangsläufig zum gesellschaftlichen Kollaps führen muß.

Von diesem Horrorszenario absoluter Bindungslosigkeit und „Atomisierung“ sind die westlichen Gesellschaften noch weit entfernt. Aber das Vertrauen in die Erfahrung, daß man zusammen nicht nur besser und sicherer, sondern auch menschenwürdiger durch das Leben kommt, schwindet.

Warnendes Beispiel ist die naßforsche Äußerung eines jungen Studenten, der vor einiger Zeit in einer Illustrierte verkündete, auf Grund der hohen finanziellen Belastungen kündige er für seine Person den Generationenvertrag. Jeder solle selbst schauen, wie er im Alter zurechtkäme.

Wahrscheinlich würde der Jungreformer in seinem Eifer neben der gesetzlichen Rentenversicherung, die Gewaltiges im Kampf gegen die Altersarmut geleistet hat, auch noch gerne die restlichen Säulen des Sozialstaats zum Einsturz bringen: Wird doch in vielen sozialen Sicherungssystemen auf Kosten aller nur verhältnismäßig wenigen Bedürftigen geholfen.

Hilfe für Bedürftige ist notwendig

Vor diesem Hintergrund setzt die Diskussionsgrundlage der Kirchen ein richtiges Signal, wenn sie nachdrücklich Solidarität und die Option für die Schwachen einfordert. Darin befinden sich die Kirchen in voller Übereinstimmung mit der CDU.

Es ist sicher angebracht, wenn die Autoren der Diskussionsgrundlage zum Kirchenpapier die Frage aufwerfen, „ob nicht in den vergangenen Jahrzehnten

bei unserem weitgehend vom Interessenpluralismus bestimmten Miteinander übergeordnete Interessen des Gemeinwohls immer mehr zurücktraten und bei den Entscheidungen in der Politik und den Ergebnissen der Verbände-Verhandlungen die Interessen sozial Schwacher und Benachteiligter [...] zu wenig berücksichtigt wurden.“ (Rn 5)

Den Schwachen muß geholfen werden, dies ist keine Frage. Entscheidend ist jedoch auch, daß die Unterstützung zielgerichtet und effektiv erfolgt, wie es z.B. in der geplanten Reform der Sozialhilfe zum Ausdruck kommt. So ist auch in dem Diskussionspapier der Kirchen hervorgehoben, daß „Solidarität wiederum [...] dauerhaft und im erforderlichen Umfang nur praktiziert werden [kann], wenn mit den solidarischen Hilfen verantwortungsvoll umgegangen wird“ (Rn 73).

Balance zwischen Eigenverantwortung und Solidarität finden

Als besonders wichtig und drängend aber empfinde ich in diesem Kontext die Antwort auf folgende Herausforderungen, die speziell den Umgang in unserer Gesellschaft bestimmen.

Wie können individuelle Freiheit und soziale Verantwortung stärker aneinander gebunden und gestärkt werden? Wie können die neuen Freiheitsräume so ausgestaltet werden, daß sich die Individualität des einzelnen entfalten und zugleich auch dem Gemeinwohl dienen kann?

Eine notwendige Antwort auf die Tendenzen zur Individualisierung und Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft muß darin bestehen, soziale Bindungen, den Zusammenhalt in sozialen Gemeinschaften nach Kräften zu stärken und zu fördern. Die Familie benötigt stärkere Unterstützung, aber auch die Solidarität und der Zusammenhalt in der Nachbarschaft, in Vereinen und anderen gesellschaftlichen Einrichtungen, der soziale Zusammenhalt in Städten und Gemeinden sollte ausgebaut werden.

Nötig ist eine Rückbesinnung auf „öffentliche Tugenden“ wie Solidarität, Gemeinsinn und Bürgersinn, politische Beteiligung und freiwilliges Engagement.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion prüft in diesem Zusammenhang intensiv, wie die Bereitschaft zu ehrenamtlicher Tätigkeit bessere Unterstützung erfahren kann. Sie ist wie die Autoren des Diskussionspapiers der Auffassung, daß hier „ergiebige Quellen der Bereitschaft [schlummern], dem Nächsten zu helfen und sich für gemeinnützige Ziele einzusetzen.“ (Rn 74).

Um was es sich im Grunde handelt, ist die notwendige Balance zwischen Eigenverantwortung und Lebensplanung und Solidarität. Wie entscheidend und allgegenwärtig dieses Gleichgewicht in unser Leben hineinspielt, zeigt sich im Rahmen der Sozialpolitik bei den gesetzlichen Sozialversicherungen: Hier kollidieren oft (berechtigte) Eigeninteressen und Solidaritätsgedanke: Wer auf Grund der Bemessungsgrenze etwa aus der gesetzlichen Kranken- oder Rentenversicherung aussteigt, schwächt ohne Zweifel die Solidargemeinschaft.

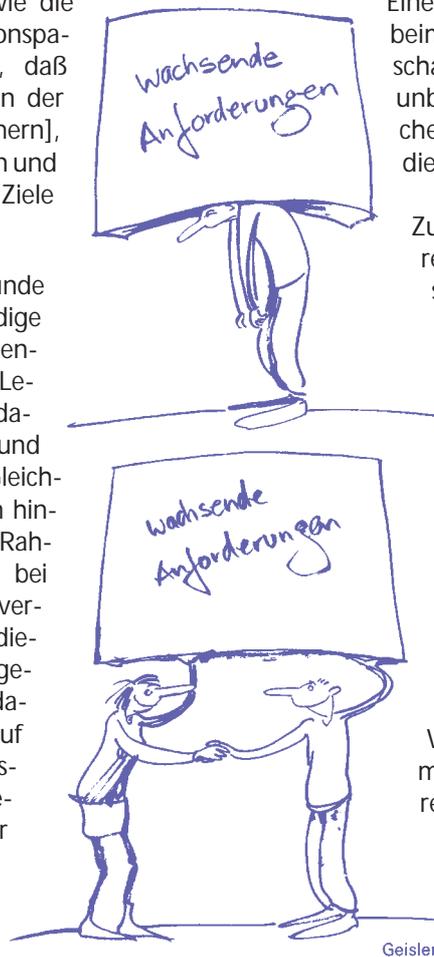
Andererseits ist zu berücksichtigen, daß auch nach christlicher Sozialethik die Eigenverantwortlichkeit und die Leistungsbereitschaft des Einzelnen zu fördern ist. Wer fähig und willens ist, Eigenverantwortung zu tragen, dem ist diese auch zuzubilligen. Hier ist eine Gratwanderung nötig, auf der es keinen Königsweg gibt.

In diesem Kontext ist auch verstärkt auf das Prinzip der Subsidiarität, der Hilfe zur Selbsthilfe hinzuweisen. So heißt es im Diskussionspapier der Kirchen zurecht:

„Der soziale Gedanke ist auch unvereinbar mit einer Vorstellung, wonach der einzelne das, was er mit eigenen Kräften leisten kann, nicht mehr erbringt und statt dessen auf Kosten der anderen leben will. Dies wäre erneut eine Form der Ausbeutung des Mitmenschen.“ (Rn 119)

Dieser Passus sollte mehr Beachtung finden, wenn Kirchenkreise die Refor-

mansätze in der Sozialhilfe und im Arbeitsförderungsgesetz, die genau darauf hinarbeiten, als „unsozial“ verurteilen.



Eine andere Thematik, die beim Thema „gesellschaftliche Solidarität“ unbedingt angesprochen werden muß, ist die Familienpolitik.

Zunehmend mehr Paare und Ehepaare entscheiden sich dafür, über lange Zeit ohne bzw. nur mit einem Kind zu planen. Dieses Familienmodell ist nicht nur zu respektieren, sondern bei Betrachtung der gesellschaftlichen Situation der Familien sogar verständlich: Viele junge Paare stoßen bei dem Wunsch, eine Familie mit Kindern zu realisieren, auf große (materielle) Schwierigkeiten, oder sie glauben, bei der Verwirklichung des Wunsches nicht mit dem allgemein

als nötig erachteten materiellen Status mithalten zu können.

Auf jeden Fall ist es eine erschreckende Entwicklung, wenn jeder dritte Haushalt in Deutschland heute ein Ein-Personen-Haushalt ist, und nur in jedem vierten Haushalt Kinder unter 18 Jahren leben. Die Folge ist eine Gefährdung des sozialen Zusammenhaltes und auch der Solidarität der Generationen.

Die Bundesregierung hat dem in der Vergangenheit mit verschiedenen familienpolitischen Maßnahmen Rechnung getragen, so zuletzt mit einer kräftigen Erhöhung des Kindergeldes, das zugleich stärker an Einkommen und Kinderzahl der Familien ausgerichtet worden ist.

Dennoch bleiben familienpolitische Defizite abzubauen. Das Diskussionspapier der Kirchen erwähnt beispielsweise die

Ausweitung anzurechnender Erziehungsjahre und den Vorschlag, die Beitragssätze für Eltern, die Kinder versorgen, zu ermäßigen. (62) Dies ist eine Richtung, in die man nachdenken kann. Aber auch die Frage nach einer besseren Vereinbarkeit von Kindererziehung und Berufstätigkeit für Frauen ist zu stellen, wobei fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten ein besonderes Ärgernis darstellen.

Eine andere Entwicklung, die dringend einsetzen muß, ist die **Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau** auch Realität werden zu lassen. Auch hierzu gehört wiederum, der Familie wieder eine stärkere gesellschaftliche Akzeptanz zu sichern. So ist es nötig, die Familien- und Hausarbeit wieder auf einen angemessenen Status zu heben. Noch immer leisten Frauen den Hauptanteil dieser Tätigkeiten, die Anerkennung bleibt jedoch auch weiterhin im Verbalen stecken. Im Gegenteil sollte jedoch Hausarbeit als solche bewertet und unter gewissen Voraussetzungen auch sozialversicherungswirksam werden. Abschließend möchte ich noch auf eine Bemerkung des Diskussionsentwurfes bezüglich der Solidaritätsbereitschaft in unserer Gesellschaft hinweisen, die ich für besonders wichtig und zutreffend halte: Bereits im dritten Absatz des Papiers kommt die „im Grunde von vielen als notwendig erachtete Überprüfung und Neuabgrenzung von individuellen Ansprüchen und Gemeinwohlinteressen“ zur Sprache, die jedoch oft an der jeweiligen Besitzstandssicherung scheitern würde. (Rn 3)

Hier liegt m.E. „der Hase eigentlich im Pfeffer“: Die Bereitschaft, zugunsten derer, die weniger haben, zu teilen, ist in unserer Wohlstandsgesellschaft inzwischen gefährlich zurückgegangen. Bezüglich der Kultur des Teilens und des Abgebens sind wir tatsächlich ein „Entwicklungsland“ geworden. Insofern muß auch die Politik dankbar sein, wenn die Kirchen initiativ werden, um die Notwendigkeit des Miteinanders sowohl im individuellen als auch im gesellschaftlichen Bereich zu verdeutlichen. ■

Anm.:

Birgit Schnieber-Jastram ist Mitglied im Deutschen Bundestag und gehört dem EAK-Bundesvorstand an.

„Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben“

Albrecht Martin

Mit diesem Wort aus dem Buch der Sprüche Salomos (12,28) hat das Kirchentagspräsidium zwei Begriffe in den Mittelpunkt der Arbeit des Kirchentages gestellt, die in der Tat die Sehnsucht der Menschen unserer Tage umschreiben.

Nie war das Streben nach Gerechtigkeit, nach möglichst gleichmäßiger Verteilung der Güter des Lebens so stark wie gegenwärtig. Und nie war auch die Sehnsucht nach ungefährdetem, nicht eingeschränktem Leben so lebendig wie heute. Weil aber beide Ziele sich nicht verwirklichen lassen, das Streben nach Gerechtigkeit nur unvollkommen und die Sehnsucht nach ungefährdetem Leben überhaupt nicht, machen sich Enttäuschung und Bitterkeit einerseits und Zukunftsangst andererseits breit. Gegen Enttäuschung und Bitterkeit anzugehen und die Angst vor der Zukunft zu nehmen, das heißt wirklich heute den Menschen zu dienen.

Aber wie macht man das? Weisen Sozialprogramme und Umverteilungsmaßnahmen den Weg zum Leben? Indem das Kirchentagspräsidium ein Bibelwort zur Losung erklärt, will es, daß Gerechtigkeit und Leben von der Botschaft der Bibel her verstanden werden. Dazu hilft auch, den ganzen Vers aus dem Buch der Sprüche sich vor Augen zu halten: „Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben, aber der Weg des Frevels führt zum Tode“.

Nun haben schon die Israeliten gewußt, daß auch der leidenschaftlich um Gerechtigkeit bemühte Mensch sterben wird und daß der Freveltat keineswegs der Tod folgt. Und doch hat der Weise, der die Sprüche Salomos gesammelt hat, Gerechtigkeit und Leben, Frevel und Tod in einem unmittelbaren Zusammenhang sehen können, weil er dies alles von Gott her verstanden hat. Ob der Mensch gerecht ist und das Leben hat oder ob er auf bösem Weg geht, der zum Tode führt, das ent-

scheidet sich allein daran, wie er zu Gott oder - besser - wie er vor Gott steht. „Abraham glaubte dem Herren, und das rechnete er ihm zur Gerechtigkeit“ heißt es ganz am Anfang der Bibel (1. Mose 15,6). Daß Gott uns angenommen, daß er uns gerechtfertigt hat und daß wir aus dieser Zuversicht leben können, diese Botschaft will der Kirchentag in Leipzig gegen alle Bitterkeit und Enttäuschung sagen. Unvergessen ist, wie Theodor Heuß am Abend des 12. 9. 1949 nach seiner Wahl zum ersten Bundespräsidenten unser Volk an ein anderes Wort aus dem Buch der Sprüche erinnerte: „Gerechtigkeit erhöht ein Volk; aber die Sünde ist der Leute Verderben“ (Sprüche 14,34). Angesichts der unvorstellbaren Not, die damals herrschte und die mit den uns bedrängenden Nöten nicht zu vergleichen ist, sprach er zuerst nicht von den Arbeitslosen und Obdachlosen, von Armen, Mittellosen und Flüchtlingen, sondern davon, **wo die unverrückbaren Maßstäbe politischen Handelns liegen sollten**. Die großen Sozialgesetze folgten dann, auch die Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft. Wo die wirklichen Prioritäten klar sind, da gewinnt man auch die Freiheit, die sozialen Probleme erfolgreich anzupacken, da kann Gottes Gerechtigkeit in die Verhältnisse unserer Welt hineinstrahlen und Leben wenn nicht erschaffen, so doch erleichtern. Diesen Zusammenhang zu sehen, kann die Lösung nahebringen.

Mit Recht erinnert das Präsidium an den Kirchentag, der **1954 in Leipzig** stattfand und unter der Losung stand: „Seid fröhlich in Hoffnung“. **Damals ging es um die Sehnsucht nach der Einheit**, „denn das evangelische Kirchenvolk stellt heute die stärkste Klammer der deutschen Einheit dar und lebt praktisch vor, was die Politiker noch nicht verwirklichen können... In der Evangelischen Christenheit ist... eine elementare Sehnsucht nach Einheit und Gemeinsamkeit aufgebrochen“ stellte der damalige Kirchentagspräsident v. Tadden-Trieglaff 1953 fest. Wer sich daran erin-

Losung für den Leipziger Kirchentag 1997 beschlossen

„Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben“ heißt die Losung für den 27. Deutschen Evangelischen Kirchentag, der vom 18. bis 22. Juni 1997 in Leipzig stattfinden wird. Das beschloß das Kirchentagspräsidium in Fulda. Das Lösungswort stammt aus dem 12. Kapitel des biblischen Buches der Sprüche Salomos (Vers 28). Zentrales Thema des Leipziger Kirchentages soll die Gerechtigkeit sein: Dabei geht es sowohl um Gottes Gerechtigkeit, die uns befreit und ermutigt als auch um die gesellschaftlichen und weltweiten Herausforderungen der Gerechtigkeit in unserer Zeit.

In seiner Geschichte wird der Deutsche Evangelische Kirchentag zum zweitenmal in Leipzig stattfinden. Unvergessen ist bei vielen Menschen der Leipziger Kirchentag im Jahre 1954, der unter der Losung „Seid fröhlich in Hoffnung“ stand. Es war der erste und für lange Zeit letzte Kirchentag auf ostdeutschem Boden. 1997 wird der Kirchentag zum erstenmal in einer östlichen Gliedkirche zu Gast sein.

ner, kann nur Gott dankbar dafür sein, daß diese Sehnsucht nach Einheit sich in unserer Zeit erfüllt hat. Und an noch etwas anderes sollten wir uns erinnern: der Ruf von damals „Seid fröhlich in Hoffnung!“ gründete nicht auf diesen oder jenen Plänen oder Programmen der Politiker, sondern in der Überzeugung, daß ER, unser Herr, im Regiment sitzt!

Die Hoffnung, die hier ihr Fundament hatte, trug durch die Jahrzehnte der SED-Herrschaft - wie viel mehr kann sie uns heute durch die Schwierigkeiten und Aufgaben unserer Tage tragen! So kann die Losung des Kirchentages 1997 sich gerade dann als von politischer Brisanz erweisen, wenn sie nicht bei der Diskussion politischer Forderungen und Lösungsvorschläge stehenbleibt, sondern hinweist auf Gott, der das Recht setzt und der gerecht macht, der den Tod überwunden hat und uns das Leben schenkt. ■

Anm.:

Albrecht Martin ist Mitglied im EAK-Bundesvorstand

Woche für das Leben 4.-10. Mai 1996

„Mit dem Thema ‚Leben bis zuletzt: Sterben als Teil des Lebens‘ greift die diesjährige Woche für das Leben eine der schwierigsten Fragen im Kontext menschlichen Lebens auf. Es ist schon merkwürdig: Einerseits werden wir durch die Medien, insbesondere das sogenannte ‚Reality-TV‘, allabendlich Zeugen von Sterben und Tod; andererseits werden Sterben und Tod zunehmend verdrängt, tabuisiert, banalisiert und weitgehend der Öffentlichkeit entzogen.

Es ist noch nicht lange her, und die älteren Menschen erinnern sich daran noch gut, da waren Krankheit, Leiden, Sterben und Tod eingefügt in das soziale Netz der Großfamilie, der Nachbarschaft und Gemeinde. In Riten und Gebräuchen erhielt dieser letzte Lebensabschnitt eine - zumeist christliche - Sinndeutung; Sterbende fanden Begleitung auf ihrem letzten Weg, ihre Angehörigen erfuhren Trost und Beistand. Mit dem zunehmenden Fortschritt in der Medizin und der allgemeinen Wandlung in der Gesellschaft hat gleichzeitig aber auch eine Verlagerung von Sterben und Tod aus dem bislang vertrauten sozialen Umfeld in den professionellen Bereich der Gesundheitsfürsorge stattgefunden. Die Fülle des heute medizinisch-technisch Machbaren stellt uns vor viele ethische Fragen: Darf die Medizin heute alles, was sie kann? Wo setzt das Gebot menschenwürdiger Sterbegleitung der Intensivmedizin Grenzen? Wo maßt sich der Mensch im Einzelfall an, selber ‚Herr über Leben und Tod‘ zu sein?

Seelsorge für Schwerstkranke, Sterbende und Trauernde ist daher eine der wichtigsten Aufgaben der kirchlichen Gemeinde. Sie wird aufmerksam wahrnehmen, wo Menschen in welcher Weise sterben und wie sie Ihnen und deren Angehörigen beizustehen vermag. In vielfältigen Formen ist dies möglich und nötig, z.B. in der Schaffung und Beglei-

tung von Selbsthilfegruppen, in der Einrichtung von Telefonketten, in Beratungs- und Bildungsarbeit für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in der Nachbarschaftshilfe, in der sozialen Hilfeleistung, aber ebenso im Mittrauern, in der unauffälligen, persönlichen Zuwendung, insgesamt im bereiten und zuverlässigen Dasein. Diese Aufgabe kann nur im Zusammenspiel vieler Kräfte geleistet werden. Die Woche für das Le-

Leben bis zuletzt *Sterben als Teil des Lebens*



ben will diese urchristliche und menschliche Aufgabe wieder neu in den Blick nehmen. Allen, die sich in diesem Anliegen engagieren, sagen wir unseren Dank und erbitten wir Gottes Segen.“ ■

Bischof Dr. Karl Lehmann
Landesbischof Dr. Klaus Engelhardt

Nationales Gebetsfrühstück in den USA

Impuls für Initiativen in vielen anderen Ländern

Thomas Rachel

„Das Gebet verändert alles!“ Mit diesem eindrucksvollen Bekenntnis hat der amerikanische Präsident Bill Clinton auf dem „Nationalen Gebetsfrühstück“ in Washington sein Verhältnis zum christlichen Glauben dokumentiert. In sehr persönlichen Worten hob der US-Präsident vor rund 3.600 amerikanischen Bürgern, Diplomaten und Politikern aus 160 Ländern die Bedeutung des Gebetes für ein besseres Miteinander in Politik, Gesellschaft und zwischen den Nationen hervor.

Anfangs ein „Brückenschlag“

Einmal im Jahr findet dieses „Nationale Gebetsfrühstück“ in Washington statt. Zurück geht dieses mittlerweile internationale Ereignis auf das Jahr 1942: In der Kriegszeit unternahmen einige führende Persönlichkeiten des US-Senats über Parteigrenzen hinweg einen Brückenschlag und trafen sich, um in dieser schweren Zeit miteinander zu sprechen und zu beten.

Bis heute leben in Senat und Parlament der USA diese Gebetskreise fort. Fern ab des Medienrummels können die Volksvertreter über die ethische Dimension von Entscheidungen, aber auch über persönliche Probleme sprechen.

Durch gemeinschaftliches Gebet empfangen sie Kraft und Hoffnung, wie US-Senator Al Simpson und der US-Abgeordnete Pete Gerne in Washington berichteten. In über 100 Ländern dieser Erde fanden diese Gebetskreise Nachahmung; so auch im Deutschen Bundestag. Vereint im Glauben an Jesus Christus treffen sich Bundestagsabgeordnete über die Fraktionsgrenzen hinweg einmal monatlich im Gebetskreis des Parlaments.

Das „Nationale Gebetsfrühstück“ in Washington ist ohne Zweifel etwas besonderes. Zum einen, weil etwa 3.000



Thomas Rachel MdB:
Toleranz gegenüber
Andersdenkenden üben

amerikanische Bürgerinnen und Bürger aller Schichten zusammenkommen. Unabhängig vom Rang und Amt geben dort Rechtsanwälte, Arbeiter, Pfarrer, Richter, Hausfrauen, Geschäftsleute, Landwirte oder auch strafrechtlich Verurteilte ihrem Glauben Ausdruck. Zum anderen, weil sich Parlamentarier und Minister aus 160 Ländern begegnen. Man könnte die Veranstaltung auch als „Internationale Konferenz der Völkerverständigung“ bezeichnen. Von ihr gehen immer wieder Impulse für Initiativen in vielen Ländern der Welt aus. Aus den zerrüttetsten und zerstrittensten Teilen dieser Erde werden die schlimmsten Feinde, die sich im eigenen Land mit Haß und Gewalt gegenüberstehen, im Geiste von Brüderlichkeit und Frieden zusammengeführt. Der Glaube an Gott erweist sich hier als gemeinsame Plattform für den Frieden.

In zahlreichen Sitzungen diskutieren die Parlamentarier am Rande des Ereignisses politische Probleme. Den nachhaltigsten Eindruck bei meinen Gesprächen hinter-

ließ ein Meinungsaustausch mit dem Bürgermeister der Stadt Tuzla in Bosnien über die großen Herausforderungen der Befriedung und des Wiederaufbaus in diesem geschundenen Land. Das waren Informationen aus erster Hand, und sie sind von unschätzbarem Wert für die Beurteilung der Lage im ehemaligen Jugoslawien, die Frage der Unterstützung vor Ort und des Zeitablaufs der Rückkehr der bosnischen Flüchtlinge.

Den anderen annehmen und akzeptieren

Die beim eigentlichen Nationalen Gebetsfrühstück von der Gospel-Musik eines großen Chors durchflutete Atmosphäre ist nur schwer mit anderen Anlässen in Deutschland vergleichbar. Die Klarheit, mit der sich hochrangige Politiker, an ihrer Spitze Bill Clinton, zu Christus als Leitfigur bekennen und ihre Glaubensüberzeugung auch mit eigenen Erfahrungen offenbaren, war sehr beeindruckend.

„Die einzige Supermacht“, erläuterte US-Senator Sam Nunn, „die es in der Welt wirklich gibt, ist Gott.“ So lautet auch die wesentliche Botschaft des Nationalen Gebetsfrühstücks: Wir müssen alle lernen, den anderen anzunehmen und so zu akzeptieren, wie er ist, auch wenn er eine andere Hautfarbe, Weltanschauung und politische Auffassung hat.

Aus Toleranz gegenüber Andersdenkenden, Liebe, Verständnis und Menschlichkeit erwächst Frieden. ■

Anm.:

Thomas Rachel MdB, ist Mitglied im EAK-Bundesvorstand.

Gründung des EAK Annaberg/ Aue-Schwarzenberg/ Mittleres Erzgebirge

am 15.3.1996, 19 Uhr,
im Hotel Goldene Sonne,
Adam-Ries-Str. 11, Annaberg

Minister Dr. Hans Geisler MdL,
spricht zu: Wie sozial ist die
Marktwirtschaft?

Auch die Obrigkeit muß die Gebote achten

Jochen Borchert

„Und wenn die Welt voll Teufel wär“, diese Zeile aus dem Lied der Reformation hat mich als Kind nachhaltig beeindruckt. Bilder, wie ich sie viel später von Hieronymus Bosch kennenlernte, standen mir deutlich vor Augen. Martin Luther sah ich als einsamen aber aufrechten Kämpfer gegen das versammelte Übel.

Es war sehr beruhigend, von der „festen Burg“ zu wissen, die ich mir natürlich auch recht irdisch vorstellte. Unweigerlich kam einem die Wartburg in den Sinn, die ich in als Junge noch nicht gesehen hatte, aber die Erzählung von Luthers Gefangennahme und Festsetzung war mir natürlich bekannt. Die Geschichte mit dem Tintenfaß, das Junker Jörg dem leibhaftigen Teufel entgegenschleuderte, fügte sich gut in mein damaliges, kindliches Lutherbild.

Wenn ich heute darüber nachdenke, dann weiß ich, daß diese Annäherung an Martin Luther kaum von theologischer Ahnung geprägt war. Aber eines habe ich damals vielleicht schon richtig empfunden: Martin Luthers Leben war bestimmt von der engagierten Auseinandersetzung. Am Anfang stand sein Ringen um die Frage „Wie bekomme ich einen gerechten Gott?“ Luther hat später selbst geschrieben: „So tobte ich in meinem wilden und verwirrten Gewissen und bemühte mich ungestüm um jene Stelle bei Paulus ...“

Die Erkenntnis, daß der Gerechte aus Glauben leben wird, bedeutete für Martin Luther die Befreiung von seinem persönlichen Glaubenskampf. Zukünftig widmete er sein Leben dem Kampf um die Reformation seiner Kirche.

Maßstab für alles, was er sagte und schrieb, blieb das Wort Gottes. An ihm mußten sich auch Bauern und Fürsten messen lassen, die 1525 in blutige Auseinandersetzungen gerieten.

Die Bauern hatten ihre sicher berechtigten sozialen Forderungen reformatorisch verbrämt. Martin Luther mißfiel die Vermischung von geistlichen und weltlichen Anliegen. Für Luther war die Trennung „der beiden Reiche“ eine Grundforderung: „Das Evangelium ist ein geistliches Gesetz, danach man nicht regieren kann“.

In seiner „Ermahnung zum Frieden“ machte er den Bauern klar, daß sie den Anspruch verlor, eine christliche Sache zu führen, wenn sie Gewalt ausübten. Auf der anderen Seite erinnerte Luther die Fürsten an ihre Verantwortung für die notleidenden Bauern.

Martin Luthers Mahnungen kamen im Bauernkrieg zu spät. Es folgten grausame Schlachten, und Martin Luther sah das Anliegen „seiner Reformation“ bedroht. Wieder wählte er den Teufel im Spiel. Nur so wird auch die heftige Reaktion

des Reformators verständlich, der „wider die räuberischen und mörderischen Rollen der Bauern“ schreibt. Diese Schrift hat ihn viel Sympathie im Volk gekostet.

Aber für Martin Luther stand die Ordnungsaufgabe der weltlichen Gewalt im Vordergrund. Die Fürsten hatten letztlich aufgrund ihrer von Gott verliehenen Autorität die Pflicht, unter den zum Bösen neigenden Menschen für Frieden zu sorgen. Dabei war für Martin Luther selbstverständliche Voraussetzung, daß auch die Obrigkeit selbst sich rückgebunden fühlt an die Gebote Gottes.

Diese Rückbindung und der damit verbundene Verweis auf die Begrenztheit staatlicher Verantwortung beinhaltet die Absage an den totalen Staat. 400 Jahre später wird die Bekennende Kirche in der V. These der Barmer Theologischen Erklärung ihr Staatsverständnis aus dieser lutherischen Tradition heraus begründen.

Martin Luthers klare Unterscheidung zwischen dem geistlichen Auftrag der Kirche und dem weltlichen Auftrag des Staates ist eine bleibende Voraussetzung für die Gestaltung unserer Demokratie. Ein konstruktives Miteinander von Kirche und Staat ist nach meiner festen Überzeugung nur möglich, wenn wir an der gebotenen Abgrenzung festhalten.

Martin Luther schätzte den Schaden, den der Bauernkrieg angerichtet hatte, hoch ein: „Müntzer und die Bauern haben bei uns das Evangelium so erdrückt..., daß es wieder von neuem aufgerichtet werden muß.“ Die Erkenntnis, nicht bzw. mißverstanden worden zu sein, veranlaßte Martin Luther, sich

verstärkt der Bildung und Erziehung der Gemeinden zuzuwenden. 1528 und 1529 entstanden der Große und der Kleine Katechismus, die über Jahrhunderte Gegenstand kirchlichen Unterrichts bleiben werden. Auch ich habe im Konfirmandenunterricht noch die fünf Hauptstücke des Kleinen Katechismus auswendig lernen müssen. Das ist mir damals nicht leicht gefallen. Die Bedeutung mancher Textstücke ist mir oft erst Jahre später bewußt geworden. Wichtig geblieben ist mir die Erklärung zur Dritten Bitte im Vater-unser, die geprägt ist von Martin Luthers uner-



Armenische Kunstkachel © Jerusalemsverein im Berliner Missionswerk

Und am Abend setzte er sich zu Tisch mit den Zwölfen. Und als sie aßen, sprach er: Wahrlich, ich sage euch: Einer unter euch wird mich verraten. Matthäus 26, 17-30

schütterlicher Glaubenszuversicht: „Wenn Gott allen bösen Rat und Willen bricht und hindert, so uns den Namen Gottes nicht heiligen und sein Reich nicht kommen lassen wollen, als da ist des Teufels, der Welt und unsers Fleisches Wille; sondern stärket und behält uns fest in seinem Wort und Glauben bis an unser Ende. Das ist sein gnädiger, guter Wille.“ ■

Anm.:

Der Text ist erschienen in dem Buch von Udo Hahn und Marlies Nügge (Hg.): Was bedeutet mir Martin Luther, Prominente aus Politik, Kirche und Gesellschaft antworten, Neukirchener Verlag, Neukirchen-Vluyn, 1996.

Interview mit dem EKD-Ratsvorsitzenden Klaus Engelhardt

Am 18. Februar vor 450 Jahren starb der Reformator Martin Luther. Das Gedenken an den Wittenberger Theologen bietet die Chance einer Neubesinnung auf den „einzigsten Trost im Leben und im Sterben“, so der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Klaus Engelhardt, in einem Interview zum Lutherjahr.

Herr Landesbischof, das Lutherjahr 1996 stellt sich schon im Vorfeld als Großereignis von Tourismus und Kulturindustrie dar. Fürchten Sie nicht, die eigentliche Botschaft von Luthers Leben und Denken könnte dahinter verschwinden?

Das wird entscheidend davon abhängen, was wir in der Kirche aus dem Lutherjahr machen. Gut finde ich, daß man in verschiedenen Bereichen auf ihn aufmerksam wird. Er hat ja auch eine ungewollte und ungeheuerere Kulturbreitenwirkung ausgelöst. Insofern stört mich nicht, daß Kulturbetrieb und Tourismus aufmerksam geworden sind. Schlimm wäre es, wenn wir in der Kirche diesen das Lutherjahr überlassen würden. Ich hoffe, daß es für uns eine Herausforderung und Chance ist, uns auf das zu besinnen, was die Reformation bedeutet, was es heißt, evangelisch zu sein, und daß es sich lohnt, zur evangelischen Kirche zu gehören.

Worauf kommt es Ihnen an, wenn die evangelische Kirche an den Todestag des Reformators am 18. Februar vor 450 Jahren erinnert?

Die Antwort gebe ich jetzt nicht typisch lutherisch, sondern typisch reformiert. Es kommt auf die Beantwortung der Frage an: „Was ist dein einziger Trost im Leben und im Sterben?“ Das ist die Frage eins im Heidelberger Katechismus, also einer reformierten Bekenntnisschrift. Wir ehren Luther, indem wir an das erinnern, was wir durch ihn und andere Reformatoren an neuer Erkenntnis und Zuversicht entdeckt haben.

Für Luther birgt die Liedzeile „Mitten wir im Leben sind mit dem Tod umfangen“ eine Grunderfahrung. Tod und Sterben werden für ihn nicht erst zum Thema, wenn die letzte Stunde geschlagen hat. Alenthalben hat er Todesspuren entdeckt - in seinem Leben und in seiner Umwelt. Er war ein angefochtener Mann. Er hat sich über diese dunklen Erfahrungen nicht hinweggemogelt. Er hat vielmehr nach Boden unter den Füßen gesucht und hat ihn gefunden in der Heiligen Schrift, in der für ihn überwältigenden Erkenntnis: Die Bibel ist kein Buch frommer Patentrezepte, sondern die gute Zusage Gottes an den Menschen. Hier bin ich gemeint, mir wird Trost im Leben und im Sterben zugesagt. (...)

Reformation ist von Luther nicht als etwas Einmaliges und Abgeschlossenes betrachtet worden. Er forderte vielmehr, die Kirche sei ständig zu reformieren. Wie steht es heute mit einer Reform der Kirche?

Der Ruf nach einer ständigen Reform der Kirche ist ein sehr

hoher Selbstanspruch, dem wir so oft nicht genügen. Das muß man mit aller Deutlichkeit sagen. Was hindert uns daran? Uns hindert im Augenblick der Sog, der uns so stark zu einer introvertierten Kirche macht. Es gibt von Luther die Formel vom sündigen Menschen, der ständig Nabelschau halte und um sich selbst kreise.

Das ist für Luther Sünde. Ich habe manchmal das Gefühl, daß wir in diesem Sinne eine Kirche sind, die in sich selbst verkrümmt ist und auch ständig auf sich selber schaut. Ich wünschte mir etwas von der missionarischen Stoßkraft, wie sie Luther entdeckt hat und die die Reformation mit dieser Breitenwirkung hervor gebracht hat.

Was wäre heute notwendig, um die evangelische Kirche attraktiver zu machen?

Es kommt nicht nur darauf an, die Kirche attraktiver zu machen. Es kommt vor allem darauf an, die Kirche bei ihrer Sache zu halten. Die Leute müssen spüren: Es lohnt sich dazuzugehören, weil hier etwas gesagt und verhandelt wird, was unsere Welt braucht und was wir für unser Leben brauchen.

Die unterschiedlichen Programme, Konzeptionen für eine innerkirchliche Reform, die heute eine Rolle spielen, sind insoweit ernst zu nehmen - und hier knüpfe ich wieder an das Thema Luther und Reformation an - als sie das „allgemeine Priestertum“ der Gläubigen betonen, das Laienapostolat. Das bedeutet nicht nur, daß wir Frauen und Männer, Junge und Alte für ehrenamtliche Dienste gewinnen, weil das Geld für den hauptamtlichen Dienst knapper geworden ist. Sondern,

wie es Luther einmal gesagt hat, allgemeines Priestertum heißt, einander Priester zu sein und miteinander und füreinander für das Innerste des Glaubens einzutreten.

Wie kann in diesem Sinne mehr Kompetenz an die Gemeinden übertragen werden?

Luther hat den Gemeinden unglaublich viel zugetraut. Die Gemeinde hat nach ihm das Recht und die Pflicht, rechte Lehre zu beurteilen. Er hat also der Gemeinde in einem hohen Maße theologische Kompetenz zugestanden. Wir sind heute weithin stumm geworden, was die eigene Religiosität angeht.

Als Kirche müßten wir demnach alles tun, um die Menschen in die Lage zu versetzen, Rechenschaft zu geben über ihren Glauben. In diesem Sinne ist Luthers Bibelübersetzung zu verstehen: Er wollte die Bibel wirklich den Menschen, quer durch alle Stände, in die Hand geben, damit sie sich angesprochen wissen von dem Wort Gottes und unter diesen Anspruch gestellt wissen.

Ich habe heute den Eindruck, wir leben, was anspruchsvolles, nachdenkliches Christsein angeht, weit unter unseren Verhältnissen. Wir haben nicht zuviel Intellektualismus in der Kirche, sondern wir haben zuwenig Nachdenklichkeit. Man muß sich über Glaubensfragen auch mal den Kopf zerbrechen. (...)

Es gibt manchmal auch einen Laienhochmut, der theologische Fragen lieber den Fachleuten überlassen will. Da hätte Luther zornig auf den Tisch gehauen. (...)

(aus: epd)

Für Papstbesuch in der Lutherstadt Wittenberg

Bonn. Anlässlich des Papstbesuchs in Deutschland in diesem Jahr hat sich der Landesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Nordrhein-Westfalen, der Bundestagsabgeordnete **Thomas Rachel** (Düren), mit der Bitte an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, gewandt, sich für einen Besuch des Papstes in der Lutherstadt Wittenberg einzusetzen.

Angesichts des 450. Todestages von Martin Luther würde der Papst damit ein wichtiges Zeichen der Ökumene setzen. ■

Wenn man an die Grenze des Gewissens stößt

Pinneberg. Das christliche Gewissen als Grundlage politischen Handelns - mit dieser Grundsatzfrage beschäftigten sich kürzlich der Evangelische Arbeitskreis, der CDU-Arbeitskreis Bildung und die Frauen-Union im Rahmen einer öffentlichen, gut besuchten Veranstaltung. Dabei referierte der Ellerbeker Pastor **Norbert Richter** speziell über das Thema „Das Gewissen - was hat es damit auf sich, wie interpretiert es der 1945 im KZ hingerichtete Theologe Dietrich Bonhoeffer, was sagt es uns heute?“.

Nach einem historischen Überblick, wie namhafte Philosophen von Seneca bis Hegel und Kant das Gewissen interpretieren, hob Rich-

ter auf die spezielle Auslegung des christlichen Gewissens ab: „Außerhalb der Kirche ist kein Heil, Gewissenbildung ist nur im Glauben möglich.“

In der Diskussion fand Bonhoeffers Verantwortung, für Bedrängte einzutreten und etwas für sie zu tun, ebenso starke Beachtung wie seine Forderung nach mehr Zivilcourage.

Doch es wurde auch klar, so **Bleckmann**: Jeder muß sich in seiner Verantwortung immer wieder die Frage stellen, wo er mit seinem Handeln an die Grenzen des Gewissens stößt. ■

Zunehmende Linkslastigkeit der Bundesrepublik

Wiesbaden. Kreisvorstand und Arbeitskreis Kirchen hatten ins Katharinenstift eingeladen. Vortragender war Professor **Dr. Günter Rohrmoser**, der an der Universität Hohenheim den Lehrstuhl für Sozialphilosophie innehat und seit Jahrzehnten die zunehmende Linkslastigkeit der Bundesrepublik mit fundierter Kritik geißelt.

Sein jüngstes Buch „Der Ernstfall“ fand auch bei seinen politischen Gegnern Beachtung. Professor Rohrmoser hatte sich das Thema „Ist christliche Politik noch möglich?“ gewählt.

Etwa 80 Zuhörer folgten dem Vortrag mit gespannter Aufmerksamkeit und nahmen dankbar die Möglichkeit zur anschließenden Diskussion wahr. ■

Zur Wirtschafts- und Währungsunion

Lübbecke. „Es gibt keinen Grund anzunehmen, wir würden die harte D-Mark verlieren und gegen 'schwache Euros' eintauschen. Wer anderes behauptet, betreibt Panikmache. Die neue Währung, wie immer sie heißen wird, wird sich vielmehr an unserer stabilen D-Mark ausrichten.“

Das ist doch immer so im Wirtschaftsleben, daß man sich an die Stärksten anlehnt, nicht an die Schwächsten.“

Mit deutlichen Worten trat der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, **Jochen Borchert**, beim EAK auf Einladung von **Hermann Bückendorf** für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion ein.

Desinformation und Manipulation in den Medien

Bad Marienberg. Vor fast einhundert Teilnehmern konnte **Dr. Fischbach**, Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der Christlich Demokratischen Union, den langjährigen Verantwortlichen des „ZDF-Magazins“, **Gerhard Löwenthal**, begrüßen.

„Als christlich Konservativer hat man heute in Deutschland vielerorts nur noch die Wahl, von den Medien entweder mit Häme und Spott überschüttet, oder totgeschwiegen zu werden“, führte Fischbach in das Thema ein, auf bittere Erfahrungen in der öffentlichen Auseinandersetzung mit Zeitgeist-Theologen der Evangelischen Kirche im Rheinland zurückgreifend. ■

Der EAK-Esslingen lädt ein:

Podiumsdiskussion

„Wertmaßstäbe des Christentums in der Politik“

Termin: **Mittwoch, dem 17. April 1996, ab 20.00 Uhr**

Ort: **im Bürgerhaus in Lindorf (Kirchheim/Teck)**

Gesprächspartner: **Herr Oettinger (Landtagsfraktionschef)**
Herr Dekan Ellinger

Informationen bei:
Ralf Krämer, Telefon: 07025/3027

„Marktwirtschaft ist im Umbau“

Worms. Grundlage der Diskussion über Ethik und Marktwirtschaft war eine Broschüre für den Konsultationsprozeß über ein gemeinsames Wort der Kirchen „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“. In einem „Mammutprozeß“ soll eine Art Basisbefragung stattfinden, in der alle Gruppen zu Wort kommen, um nach etwa einem Jahr eine Dokumentation über Verlauf und Ergebnis zu publizieren. „Ein interessanter Versuch“, so **Ulrich Oelschläger**, Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU, der zu dieser Veranstaltung eingeladen hatte.

Referent war Oberkirchenrat i.R. **Hermann E. J. Kalinna**, der seine Position zum Thema „Ethik und Marktwirtschaft“ energisch vertrat. ■

Zum Kruzifix-Urteil

Netphen. Unter der Fragestellung „Das Kruzifix-Urteil - Eine Entscheidung mit unabsehbaren Folgen?“ beschäftigten sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger aus der Gemeinde Netphen in einer öffentlichen Veranstaltung mit dem Kruzifix-Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes und beleuchteten den Beschluß unter religiösen Gesichtspunkten mit **Pfarrer Hohmann** (Evangelisch-reformierte Kirchengemeinde Dreis-Tiefenbach) sowie die gesellschaftlichen Aspekte dieses Beschlusses mit **Pastor Rebein** (Römisch-katholische Kirchengemeinde Dreis-Tiefenbach).

Die ausführliche Diskussion zeigte, daß der Kruzifix-Beschluß von den Bürgerinnen und Bürgern aus folgenden

Gründen nicht akzeptiert wurde:

- Das Kreuz ist Symbol für den gekreuzigten und auferstandenen Herrn Jesus Christus - Gottes Sohn. Es ist damit Symbol für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden. Denn der nach dem Kreuzestod lebende Gottessohn hat trotz der Fehler und Schwächen der Menschen, auch derer, die ihn zum Tod verurteilt haben, verziehen und zur Versöhnung untereinander aufgerufen.

- Er hat gesagt: „Wo zwei oder drei in meinem Namen versammelt sind, da bin ich mitten unter ihnen.“ Der christliche Glaube ist also kein individualistischer Glaube, sondern auf die Gemeinschaft aller Menschen ange-

wiesen, die in Verantwortung füreinander eintreten sollen.

- „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen hat sich das Deutsche Volk dieses Grundgesetz gegeben.“ So heißt es in der Präambel des Grundgesetzes. Unser Rechtsstaat und unser Gesellschaftssystem basieren also auf den Grundpfeilern des christlichen Glaubens, die im Symbol des Kreuzes vereint sind.

- Es kann nicht sein, daß eine kleine Minderheit diese allgemein anerkannten Grundlagen unseres Zusammenlebens und unseres Gesellschaftssystems verneint und somit der großen Mehrheit unseres Volkes ihre Privatmeinung aufzwingt. ■

Familie morgen?

Vaihingen. „Familie morgen“ lautete die Überschrift des Abends, die mit einem Fragezeichen versehen wurde. Wie sieht sie aus? Was tun wir dafür? Im Vorfeld der kirchlichen Wahlen und

der Landtagswahl im März kommenden Jahres hatten sich CDU-Fraktionschef **Günther H. Oettinger** und verschiedene Synodalkandidaten auf Einladung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU im Landkreis Ludwigsburg, unter Leitung von **Ulrich Hirsch**, ein Diskussions-thema vorgenommen, das Fragen und Problemfelder en masse bot. ■

Der EAK-Landesverband NRW und der EAK-Bezirksverband Bergisches Land laden ein:

zum Schloß-Bürger-Gespräch mit **Dieter Hackler**, Zivildienstbeauftragter der Bundesregierung und Stellv. Bundesvorsitzender des EAK

„Zukunft verantwortlich gestalten“

Freitag, 19. April 1996, 18 Uhr, Klosterkirche Lennep, Remscheid

Informationen unter: 02 28/5 44-3 02



Im Gespräch mit Synodalkandidaten: CDU-Fraktionschef Günther Oettinger (re) und Podiumsleiter Pf. Bräuchle (2. v. re)

Der Christ in der Verantwortung für die Mitmenschen

Zwickau. Die beiden Referenten des Abends, **Dr. Feist**, Abteilungsleiter im sächsischen Staatsministerium des Innern, und Superintendent **Dr. Jakob**, Kirchenbezirk Werdau, trugen ihre Thesen und Gedanken vor einem zahlreichen und interessierten Zuhörerkreis von engagierten christlichen Bürgern, Pfarrer, Landes- und Kommunalpolitikern vor.

Als Vorsitzender des EAK wurde **Thomas Haller** gewählt. Zu Beisitzern wurden gewählt **Christian Hauck** MdL, **Pfarrer Sedner**, **Joachim Bär** und **Andreas Wagner**.

Vaterlandsliebe, Patriotismus - gefährliche Irrwege oder notwendige Bürgertugenden?

Hannover. Der Landesjugendpfarrer der ev.-luth. Landeskirche Hannovers **Arend de Vries**, Brigadegeneral **Peter Rückbrodt**, ein Vertreter der jungen Generation und eine Historikerin waren Teilnehmer eines Podiumsgesprächs des Ev. Arbeitskreises der CDU in Hannover-Stadt zu dem Thema „Vaterlandsliebe, Patriotismus - gefährliche Irrwege oder notwendige Bürgertugenden?“ Der Diskussionsleiter, Stadtrat a.D. **Schiefer**, führte mit einem Zitat von Leibniz in das Thema des Abends ein: „Ein Patriot hat sein Vaterland zu lieben und zugleich dahin zu trachten, wie dessen Glückseligkeit befördert werde.“ Brauchen wir auch heute noch oder heute wieder den patriotisch fühlenden Bürger oder genügt ein

rein rationales „Ja“ zum Grundgesetz? Die Diskussion zeigte, daß selbst in dem umstrittenen Modell eines „Verfassungspatriotismus“ mit dem Begriff „Patriotismus“ die gefühlsmäßige Komponente angelegt ist. Trotz mancher Vorbehalte, die angemeldet wurden: Ohne die emotionale Seite können sich ein Gefühl für das gemeinsame Ganze, Gemeinsinn und Bürgersinn kaum entwickeln. ■

Diskussion über Kirchenaustritte

Kevelaer. Rund 60 Personen waren der Einladung des evangelischen Arbeitskreises zum 11. Besinnungsnachmittag gefolgt. Es sollte über die steigende Zahl der Kirchenaustritte in beiden Konfessionen diskutiert werden.

Der EAK-Kreisvorsitzende **Ernst-Otto Schumann** hatte als Referenten den Präses der evangelischen Kirche im Rheinland, **Dr. Peter Beier** aus Düsseldorf, und den Weihbischof **Heinrich Janssen** aus Xanten eingeladen. ■

„Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“

Wiesbaden. Mit dieser Überschrift haben die beiden großen christlichen Kirchen den Entwurf einer gemeinsamen Denkschrift versehen und ihn zur öffentlichen Diskussion gestellt. Der Arbeitskreis „Kirchen“ des Kreisverbands hatte sich in drei Sitzungen mit dem Text auseinandergesetzt. Um zu einem ausgewogenen Urteil und zu

einer angemessenen Stellungnahme zu finden, hatten die Arbeitskreise „Kirchen“ und „Wirtschaft“ zwei herausragende Referenten gewinnen können: **Herrn Professor Dr. Arno Anzenbacher**, Inhaber des Lehrstuhls für Christliche Anthropologie und Sozialethik im Fachbereich Katholische Theologie der Universität Mainz, und **Herrn Dr. Helmut Oehler**, Diplom-Kaufmann und Volkswirt, langjähriger Synodaler der EKHN und in der Vergangenheit auch Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer. ■

Christliche Erziehung in einer pluralistischen Gesellschaft

Korntal. Zu einer interessanten Vortragsveranstaltung hatte unlängst der Evangelische Arbeitskreis der CDU-Ludwigsburg nach Korntal eingeladen. Unter der Überschrift „Christliche Erziehung in einer pluralistischen Gesellschaft“ konnte der Kreisvorsitzende des EAK **Ulrich Hirsch** einen überaus kompetenten Referenten in **Prof. Dr. Max König** begrüßen. Zu dem interessanten Abend hatten sich über 50 interessierte Zuhörerinnen und Zuhörer eingefunden. ■

Evangelischer Arbeitskreis gegen Änderung der Kommunalverfassung

Oldenburg. Um die beabsichtigten Veränderungen des kommunalen Verfassungsrechts ging es in einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises des CDU mit dem Oldenburger Oberkreisdirektor **Wolfgang Haubold** als Referenten. ■

Der EAK-Grafschaft Bentheim lädt ein:

Montag, 18. März 1996, 20 Uhr
Hotel Möllers,
Lingener Str. Nordhorn

Dr. Hermann Kues, MdB:
„Christliche Werte, nicht mehr gefragt?“

Pastor Veldmann, Georgsdorf:
„Sind Sekten eine Gefahr für unsere Demokratie?“

EAK Kreisvorsitzendenkonferenz

31. Mai (15 Uhr) bis 1. Juni 1996 (12.30Uhr)

Roncalli-Haus,
Max-Josef-Metzger-Str. 12/13,
39104 Magdeburg,
Tel.: 03 91/59 61-4 00

An alle Landes-Kreis- und Ortsvorsitzenden :

Bitte diesen Termin schon vormerken!

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Telefon (0228) 544-305/6 · Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, **Abonnement-Preis** jährlich 20,- DM · **Konto:** EAK, Postgiroamt Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · **Nachdruck** – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · **Papier:** 100% chlorfrei **Adreßänderungen bitte immer an die Redaktion!**

„Schule ohne Gott ?!“

Religionsunterricht und LER im Land Brandenburg

Ein Diskussionsforum des EAK

Samstag, 23.3.1996

Tagungshaus Hermannswerder, Insel Hermannswerder, Potsdam

- 10.00 Uhr Geistliches Wort
Pfarrer Reinhart Lange,
Direktor der Hoffbauer-Stiftung, Potsdam
- 10.15 Uhr Begrüßung und Eröffnung durch den EAK-Bundesvorsitzenden
Jochen Borchert, MdB
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn
- 10.30 Uhr Einführung
Generalsuperintendent **Dr. Rolf Wischnath**, Cottbus
- 11.00 Uhr Forum mit:
Marianne Birthler, Bündnis 90/Die Grünen, Berlin
Carola Hartfelder MdL,
Landesvorsitzende der CDU-Brandenburgs, Potsdam
Hartmut Kiene,
Abteilungsleiter für Bildungspolitische Grundsatzfragen, Ministerium für Bildung,
Jugend und Sport, Potsdam
Prof. Dr. Karl-E. Nipkow,
Religionspädagoge, Universität Tübingen
Hans Peter Richter,
Leiter des Dezernates Schule und Hochschule, Erzbischöfliches Ordinariat, Berlin
- Moderation: **Dr. Beatrice von Weizsäcker**, Der Tagesspiegel, Berlin
- 13.00 Uhr Schlußwort
Anschließend gemeinsames Mittagessen

Informationen und Anmeldung beim EAK unter: 02 28/5 44-302

Unsere Autoren:

Bundesminister
Jochen Borchert MdB
Rochusstraße 1
53123 Bonn

Klaus Weigelt
Europa-Büro der KAS
11, avenue de l'Yser
B-1040 Brüssel

Birgit Schnieber-Jastram MdB
Bundeshaus
53113 Bonn

Albrecht Martin
Hugo-Reich-Str. 10
55543 Bad Kreuznach

Thomas Rachel MdB
Bundeshaus
53113 Bonn